

Antragsbereich A / Antrag A9

AntragstellerInnen: Paul Hümmer
Empfänger: Bundestagsfraktion
 Bundesvorstand

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt
 durch Verfassungsgerichtsurteil

A9: Die AfA-Landeskonferenz vom 29. Januar 2022 der BayernSPD appelliert an die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand, nachfolgende Forderungen in die Regierungsarbeit einzubringen.

1. Die Erlaubnis nach „Sachgrundlosen Befristungen“ muss im Arbeitsrecht wieder gestrichen werden.
- 5 2. Der gesetzliche Mindestlohn muss im Verhältnis zu den mittleren Löhnen (Medianlohn) im Land auf 60 % angehoben werden. Das Versprechen der Ampelkoalition des gesetzlichen Mindestlohns noch in 2022 auf 12 Euro zu erhöhen ist ein richtiger wichtiger Zwischenschritt dahin.
- 10 3. Sozialversicherungsfreie Job's müssen abgeschafft, zumindest auf ein Mindestmaß reduziert werden. Ausnahmen nur für Ferienjobs und im beschränkten Umfang für Rentner.

Begründung

- 15
1. Dies ist „Sklavenarbeitsrecht für die Arbeitgeber“ im heutigen Arbeitsrecht. Das Instrument der sachgrundlosen Befristung war 2001 mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz geschaffen worden. Gut sieben Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind befristet beschäftigt, viele ohne Grund. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 7. September 2021 bei einem Gespräch mit der Dienstleistungsgewerkschaft VERDI angekündigt das ändern wir. Originalton Olaf Scholz: Inzwischen habe das Instrument aber „zu verstörenden Veränderungen von Arbeitsbeziehungen geführt“.
 - 20 2. Die Bundesregierung darf bei diesem Zwischenschritt nicht stehen bleiben. Ab diesen 60 Prozentniveau, gemessen am jeweiligen nationalen Median, können Löhne nach Ansicht von Armutsforschern als einigermaßen „existenzsichernd“ gelten, weil Alleinstehende dann in der Regel ohne spezielle Sozialtransfers von ihrer Arbeit leben können und das Risiko von Altersarmut sinkt. Diese Zielmarke 60 Prozent vom Median haben im übrigen Olaf Scholz und Hubertus Heil ebenfalls in der Vergangenheit genannt. Interessant ist, das auch in Großbritannien die konservative Regierung das Ziel ausgibt, die Lohnuntergrenze auf 60 Prozent des mittleren
 - 25
 - 30

(Median-)Lohns zu bringen.

3. Wir sind als SPD mit dem Slogan „Respekt & Mehr Fortschritt wagen“
35 antreten. Eine europäische Initiative mit der Koordinierung in allen Mit-
gliedsländern beim Mindestlohn auf der Basis des Medianlohnes „ein an-
gemessenes, existenzsicherndes Niveau“ zu erreichen muss sozialdemo-
kratische Aufgabe sein. Eine solche Inaktive würde „der Idee eines sozia-
40 leren Europas praktische Gestalt verleihen. Die sozialversicherungsfreien
Mini- und Midijob's sind Betrug am Sozialversicherungssystem und füh-
ren gerade bei den betroffenen Frauen zur Altersarmut. Geringfügige Be-
schäftigung verhindert eine eigenständige Existenzsicherung und birgt
damit ein enormes Armutsrisiko. Die Sozialversicherungsfreiheit für ge-
ringfügig entlohnte Beschäftigte ohne Stundenbegrenzung führte in der
45 Vergangenheit zu extremen Lohndumping.